

## Demokrative – Initiative für Politische Bildung

Der Vereinszweck besteht in der Förderung eines demokratischen Bewusstseins und der Befähigung zur eigenverantwortlichen und aktiven Teilnahme an politischen Prozessen von möglichst breiten Bevölkerungsschichten.

Zu diesem Zweck ist der Verein Demokrative – Initiative für Politische Bildung primär im Bereich der politischen Bildung aktiv, insbesondere strebt der Verein an:

- selbstbestimmtes und eigenverantwortliches politisches Denken und Handeln zu fördern;
- Träger der politischen Bildungsarbeit zur Förderung dieser Arbeit in der Schweiz zu vernetzen.

Das dem Verein Demokrative zugrundeliegende **Verständnis von politischer Bildung** bezieht sich auf eine nicht-indoktrinierende politische Bildung, die es Mitgliedern einer demokratischen Gesellschaft ermöglicht, sich ein eigenes differenziertes Bild von komplexen und kontroversen Fragen zu machen und sich für die Stärkung ihrer Interessen zu engagieren.

Um sich für die Stärkung eigener Interessen einsetzen zu können, bedarf es unterschiedlicher Kompetenzen, wie die Fähigkeit sich kritisch zu informieren, Informationen abzuwägen und zu reflektieren, eigene und fremde Werte zu benennen, eigene Meinungen zu bilden und zu kommunizieren, Möglichkeiten der Einflussnahme zu kennen. Diese und ähnliche Kompetenzen bedingen, beschränken sich aber nicht auf, eine Auseinandersetzung mit gegebenen institutionellen Strukturen, den darin stattfindenden Prozessen und den unterschiedlichen Akteuren im politischen System.

[siehe auch Webseite [www.demokrative.ch](http://www.demokrative.ch) ]

## Konkretisierung des Verständnisses von politischer Bildung

Unser auf der Webseite beschriebenes Verständnis von politischer Bildung folgt etablierten Prinzipien zur Förderung politischer Kompetenzen, die als Beutelsbacher Konsens (vgl. Wehling 1977: 179 f.) Verbreitung gefunden haben und primär drei inhaltliche Grundlagen formulieren:

- (1) Überwältigungsverbot
- (2) Kontroversitätsgebot
- (3) Interessensanalyse und Handlungsbefähigung

Das **Überwältigungsverbot** bedeutet, dass der (heranwachsende) Mensch in Demokratien als Subjekt eines pädagogischen Prozesses verstanden wird und nicht als Rezipientin oder Rezipient (vor)bestimmter Orientierung. Dieses Prinzip garantiert eine Abgrenzung politischer Bildung von politischer Indoktrination. Um Bildung indoktrinationsfrei zu konzipieren sollen Kontroversen in Politik und Gesellschaft als solche thematisiert werden. Demnach stehen sich unterschiedliche, teils konträre, Ansichten in einer politischen Auseinandersetzung legitimer Weise gegenüber (**Kontroversitätsgebot**). Politische Bildung fördert eine kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Standpunkten und nicht ein Erlernen von richtig oder falsch. Dies bedingt auch eine aktive Auseinandersetzung mit alternativen Modellen und Ideen politischer Steuerung.

Nur mit einem vermittelten Bewusstsein, dass immer verschiedene Wege zur Lösung eines politischen Problems nebeneinander möglich sind, kann Bildung es dem Menschen ermöglichen sich ein eigenes Bild komplexer und kontroverser Fragen zu machen (**Interessensanalyse**) und einzelne befähigen sich in ihrem Interesse in die Gesellschaft einzumischen. Nur wer sich Alternativen denken kann, kann sich selbst positionieren. Aus diesem Grund kann politische Bildung auch nicht parteipolitisch verankert sein und Versuche, politische Bildung für die eine oder die andere politische Einstellung zu

instrumentalisieren, widersprechen den Grundlagen der Profession. Die Grenzen legitimer politischer Kontroversen sind in einer Demokratie erreicht, wenn Standpunkte keine alternativen Einstellungen dulden. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn keine Toleranz für andere Meinungen mehr vorhanden ist, wenn politische Gruppen stigmatisiert oder diskriminiert werden oder gar zu Gewalt angestiftet wird.

Politische Bildung umfasst nicht nur die Förderung von Denkkompetenzen, sondern auch die Förderung von Handlungskompetenzen, welche es Bürgerinnen und Bürgern in Demokratien ermöglicht, sich im Sinne der eigenen politischen Interessen in die Gesellschaft einzubringen. Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit den Kanälen politischer Mitbestimmung, deren Funktionsweise und Akteure, in der Demokratie ebenso wie die Erarbeitung und Vertretung eigener Standpunkte und das gemeinsame Suchen von Wegen mit andern, um sich für die eigenen Interessen stark zu machen (**Handlungsbefähigung**). Innerhalb legitimer politischer Kontroversen muss politische Bildung eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragestellungen und Zukunftsvisionen ohne Vorgabe einer politischen Orientierung gewährleisten.

Aktivitäten, die über den Verein gefördert werden, streben eine Inhaltsvermittlung an, welche den wissenschaftlichen Diskurs in einer für die Zielgruppe angemessenen Sprache und Genauigkeit widerspiegelt. Der Verein Demokrative setzt sich für eine **wissenschaftliche Fundierung** der Angebote im Bereich der politischen Bildung ein. Dieser Transfer des akademischen Diskurses in andere Bildungsformate wird in Zusammenarbeit mit pädagogisch und didaktisch erfahrenen Fachleuten weiterentwickelt.

#### **Literaturhinweis:**

Wehling, Hans-Georg (1977) Konsens à la Beutelsbach, in: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, S. 179-180.